Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 564**

18. Wahlperiode

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultus

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Juni 2026 – Drucksache 18/179

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Senkung der Klassenfrequenzen bzw. Schaffung kleinerer Klassen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Juni 2026 – Drucksache 18/179 – Kenntnis zu nehmen.

24.9.2026

Die Berichterstatterin:	Der Vorsitzende:
Katrin Steinhülb-Joos	Andreas Renner

Bericht

Der Ausschuss für Kultus beriet die Mitteilung Drucksache 18/179 in seiner 2. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 24. September 2026.

Der Minister für Kultus berichtete, die Klassengrößen seien in den letzten Jahren an allen Schularten in etwa konstant geblieben, im längerfristigen Vergleich aber gesunken, und verwies auf die Tabellen in der vorliegenden Mitteilung der Landesregierung.

Ein Abgeordneter der AfD fragte nach den Schülerzahlen an Hauptschulen sowie an Werkrealschulen im Schuljahr 2025/2026, da die Schülerzahlen dieser beiden Schularten in der Mitteilung stets zusammengerechnet aufgeführt seien, und bat darum, sie nachzureichen, sollten sie nicht vorliegen. In diesem Zusammenhang bedauerte er, dass der Werkrealschulabschluss abgeschafft werde. Außerdem bat er um Angaben zur Homogenität der Schülerschaft innerhalb der einzelnen Klassen einer Schule, vor allem in Bezug auf die Beherrschung der deutschen Sprache und auf Feinmotorik. Für größere Schulen schlug er vor, Klassen mit einer homogeneren Zusammensetzung zu bilden, um Schüler mit Defiziten gemeinsam zu unterrichten.

Ausgegeben: 30.9.2026

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Eine Abgeordnete der SPD erinnerte an den Landtagsbeschluss von 1979, die bisherige Politik der schrittweisen Verringerung der Klassenstärken in den Schulen des Landes konsequent fortzusetzen und in jedem Schuljahr nach Vorlage der Schulstatistik dem Landtag hierüber zu berichten. Sie fragte, welche Bedeutung der Minister für Kultus der Verringerung der Klassenstärke angesichts der jüngst veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Studie von 2025 beimesse, welchen Klassenteiler er anstrebe und welche Maßnahmen er im Laufe dieser Legislatur treffen werde, um die Klassenstärken an den Schulen zu verringern, und in welchem Zeitraum er diese Maßnahmen umsetzen wolle.

Der Minister für Kultus führte aus, die Schulstatistik bilde zwar die Klassenteiler ab, nicht jedoch eine mögliche Homogenität der Klassen oder den Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler. Die Landesregierung habe sich zum Ziel gesetzt, die frühkindliche Förderung und Bildung zu verbessern, um eine gute Feinmotorik und gute Kenntnisse der deutschen Sprache bei möglichst allen Schülerinnen und Schülern zum Schulstart zu gewährleisten. Des Weiteren werde die Landesregierung Maßnahmen aufsetzen, die den Erwerb von Grundkompetenzen in den Grundschulen sowie die Unterrichtsqualität in allen Schularten sichern sollten.

Seit dem von seiner Vorrednerin erwähnten Landtagsbeschluss von 1979 habe eine Entwicklung hin zu kleineren Klassen stattgefunden, die seit einigen Jahren allerdings stagniere. Eine Senkung des Klassenteilers um einen Schüler an allen allgemeinbildenden Schularten außer den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) hätte einen Mehrbedarf von ca. 1 000 Deputaten beziehungsweise ca. 110 Millionen € jährlich zur Folge. Sobald die Haushaltslage nicht mehr so angespannt sei wie aktuell, müsse der Landtag als Haushaltsgesetzgeber entscheiden, ob in kleinere Klassen oder in besondere Förderung investiert werden solle.

Die bereits genannte Abgeordnete der SPD erkundigte sich, ob das Land bei einer möglichen Senkung des Klassenteilers die Schulen in Ballungszentren, in welchen die Klassen sehr groß seien, besonders berücksichtigen werde und wie langfristig mit dieser Ungleichheit zwischen Schulen in ländlichen und städtischen Räumen umgegangen werden solle.

Der Minister für Kultus teilte mit, im Einstellungsverfahren für das Schuljahr 2026/2027 gebe es derzeit weniger unbesetzte Lehrerstellen als im Vorjahr zum Ende des Prozesses. Sein Haus erwarte für das Ende des diesjährigen Prozesses keine unbesetzten Stellen. Nichtsdestotrotz seien die offenen Stellen auf die verschiedenen Schularten unterschiedlich verteilt. Vor allem an den SBBZ, die mit steigenden Schülerzahlen umgehen müssten, herrsche Lehrkräftemangel. Das Land habe für diesen Bereich in den letzten Jahren zwar mehr Studienplätze und Möglichkeiten des Quereinstiegs geschaffen, doch Effekte daraus würden erst in einigen Jahren sichtbar. Er sehe hier weiterhin Handlungsbedarf.

Die regional unterschiedliche Versorgung mit Lehrkräften habe weniger mit dem Gegensatz zwischen Stadt und Land zu tun als vielmehr mit der Mobilität der Bewerberinnen und Bewerber auf Lehrerstellen. Er befürworte Anreize für junge Lehrkräfte, ihren Dienst in einer Region mit angespannter Versorgung anzutreten.

Ohne Widerspruch empfahl der Ausschuss dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 18/179 Kenntnis zu nehmen.

30.9.2026

Steinhülb-Joos